

kerung, und das, obwohl die Informationsmöglichkeit des Westens in der DDR so gut war wie nie zuvor seit der Mauer. Kaum jemand konnte sich vorstellen, daß die Sowjetunion die DDR kampfflos hergeben könnte.

Ich wollte noch etwas sagen zu den Westmedien, zu den westlichen Korrespondenten in der DDR, aber ich denke, das können wir vielleicht auch in der Diskussion nachtragen. Ich muß Schluß machen.

**Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke:** Vielen Dank Frau Spittmann, ich muß leider immer ein bißchen, ich bitte dafür um Verständnis, auf die Uhr schauen, die Zeit läuft uns davon. Ihr Referat zeichnete sich vor allem dadurch aus, daß Sie die Entwicklung des Medienbildes in beiden deutschen Staaten immer in den Kontext der politischen Entwicklung gestellt haben, was notwendigerweise Auswirkungen auf die jeweils wechselseitigen Wahrnehmungsmuster haben sollte. Ich denke, daß wir in der Diskussion darauf zurückkommen. Jetzt darf ich zunächst Herrn Dr. Busse bitten zu seinem Statement.

**Dr. Peter Busse:** "Erkenntnisse des MfS zur Westwahrnehmung in der Bevölkerung der DDR". Dieses Thema muß bei mir Stückwerk bleiben, ich bin erst vor drei Wochen aufgefordert worden, hier vorzutragen, aber ich will es trotzdem versuchen. Drei Punkte will ich behandeln: Erstens, Aufgaben des MfS zur Kanalisierung der Westwahrnehmung in der Bevölkerung; zweitens, Aussagekraft der Stimmungsberichte; und drittens, Feststellungen des MfS in Stimmungsberichten und anderen Mitteilungen.

Zu 1:

Die Westwahrnehmung berührte sicher ein politisches Schlüsselproblem des SED-Staates. Mit der Staatsgründung mußte die SED die gesamtdeutsche Orientierung der Bevölkerung abschwächen und dem kleineren deutschen Teilstaat eine eigene historisch-politische Legitimität verleihen. Die Legitimität der DDR sollten der Antifaschismusanspruch und der Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden ermöglichen. Doch schon der 17. Juni 1953 zeigte, daß die DDR die eigene Bevölkerung nicht hinreichend an sich binden konnte. Seit den 50er Jahren wurde der westdeutsche Staat neben seiner freiheitlichen Verfaßtheit insbesondere auch wegen seines wirtschaftlichen Aufstiegs für die Ostdeutschen attraktiv und immer attraktiver. Auch nach dem Mauerbau behielt der Westen seine Anziehungskraft. Nun waren es zunächst die Medien, Rundfunk, Fernsehen, die Besucher aus der Bundesrepublik und die Geschenkpakete, die eine sinnliche Wahrnehmung des Westens ermöglichten. Es begann ein Kampf gegen die „Feindsender“, das wurde schon vorgetragen. Mit dem Beginn der Entspannungspolitik wollte die SED eine Verstärkung ihrer Abgrenzungspolitik, die Wahrnehmung des Westens durch die DDR-Bevölkerung in die Muster ihrer Klassenkampfdologie umlenken. Aber der Strom der westdeutschen Besucher, die ostdeutschen Reisenden in dringenden Familienangelegenheiten und vor allem die Rentner mit ihren Berichten aus der Bun-

desrepublik ermöglichten eine innerdeutsche Kommunikation, die sich nicht in die ideologischen Vorgaben einfügte. Allein die kontinuierlich ansteigende Ausreisewelle bis 1989 beweist, daß es der SED-Propaganda nie gelungen war, die Westwahrnehmung der gesamten Bevölkerung zu manipulieren.

Dieser für die SED unbefriedigende Zustand verlangte den umfassenden Einsatz des MfS. Dem konspirativen Organ kamen mehrere Aufgaben zu:

1. Das MfS sollte die Stimmungslage erforschen und darüber die Entscheidungsträger informieren.
2. Die Ost-West-Kommunikation sollte möglichst kontrolliert werden.
3. Der Informationsfluß aus dem Westen sollte behindert und nach Möglichkeit auch gesteuert werden.
4. Der Westwahrnehmung sollte durch gezielte Propaganda und durch Desinformationskampagnen entgegengewirkt werden.
5. Das MfS sollte Bekundungen des Einheitswillens und Proteste gegen die Mauer verfolgen.
6. Mit Hilfe der MfS-Agenten sollte Einfluß auf die westdeutsche Politik genommen werden, um die DDR im Innern zu stabilisieren.

In diesem Zusammenhang interessiert vor allem die konspirative „Meinungsforschung“ des MfS. Meine Behörde verfügt in ihren Archivbeständen, Sie wissen das, über umfangreiches Material über diese Funktion des MfS. Die Stimmungslage der Bevölkerung wurde systematisch vom MfS beobachtet und registriert. In der Regel wurden dazu die IM-Berichte ausgewertet, aber auch die Telefon- und Postkontrollen lieferten in den 50er Jahren und später ausgiebig Material für die Stimmungsberichte. Die so gewonnenen Informationen wurden, abgesehen von weiteren Zwischenbearbeitungen, durch die Auswertungs- und Kontrollgruppen, die AKG's, verdichtet und wiederum aufbereitet über die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, die ZAIG in Berlin, an Partei- und Staatsfunktionäre gegeben.

## 2. Zur Aussagekraft dieser Stimmungsberichte

Mit dem Verarbeitungssystem der Informationen war eine reduktionistische Redaktion verbunden. Diese Berichte waren sprachlich weitgehend ritualisiert. Es ging bei dieser Berichtstechnik um die Anpassung der Wirklichkeit an die Ideologie. Den meisten MfS-Offizieren war es unvorstellbar, daß ein Mensch von selbst auf Kritik an der DDR verfallen, es keine Kritik geben konnte, die nicht als Kritik von außen hineingetragen wurde. Fast immer wurde in diesen Stimmungsberichten einleitend von den Berichterstattern versichert, daß grundsätzlich in der DDR alles in Ordnung sei. Oft wurde die generelle Zustimmung der Bevölkerung zur Politik der SED-Führung betont. So hieß es beispielsweise: „Insgesamt überwiegen in allen Bezirken und Bevölkerungs-

gruppen die positiven zustimmenden Meinungsäußerungen.“ Die ungünstigen Nachrichten wurden anschließend schön verpackt geliefert. Sie waren dann aber auch sehr deutlich und weitestgehend ungeschminkt. So boten die Berichte ein Zustimmungsgefälle, in dem drei Gruppen besonders auffallen. Diese Gruppen wurden nicht näher quantifiziert, wohl aber lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, daß die angezeigte Akklamation stark eingeschränkt war.

Die in diesen Berichten häufig zuerst genannte zustimmende Gruppe bestand aus den progressiven Kräften, den Funktionären, SED-Mitgliedern und anderen loyalen Gruppen. Deren Haltungen sollten offensichtlich vermitteln, daß die Kernbereiche der Gefolgschaft unbeschadet waren. Ein Teil von ihnen hatte sicher auch das Feindbild „Westen“ tief verinnerlicht. Trotzdem wurden bisweilen auch kritische Äußerungen und Zweifel innerhalb dieser Gruppe übermittelt. Der Hauptteil der zur Politik der SED kritischen und ablehnenden Meinungsäußerungen wurde einer nur unzureichend abgrenzbaren Gruppe zugeschrieben. Dieser Bevölkerungsteil muß aber doch wohl relativ groß gewesen sein, da in die Texte trotz aller Beschönigungen und Abschwächungen oft generalisierende Bemerkungen eingeflossen sind. Dazu gehörten Angaben wie: „in der Regel angezweifelt“, „in breiten Kreisen der Bevölkerung“, „in allen Schichten der Bevölkerung“ oder „mehrheitlich“. Haltungen und Meinungen dieses Bevölkerungsanteiles können als nahezu repräsentativ für eine Mehrheit der Ostdeutschen gelten. Als dritte Gruppe wurden oft besonders „feindlich-negative“ Personen oder Gruppen erwähnt, die dem MfS als Dauerkritiker, offene Gegner, Ausreiseartragsteller oder Oppositionelle bekannt waren. Obwohl sie als Minderheit und Einzelgänger gekennzeichnet wurden, fanden sie besondere Aufmerksamkeit. Häufig wurden sie auch in den verdichteten Informationen wörtlich zitiert. In den Lage- und Stimmungsberichten scheinen trotz vieler Verzerrungen die tatsächlichen Meinungsbilder im Lande doch durch.

Anlaß für das Erarbeiten von solchen Stimmungsberichten waren u. a. besondere politische Ereignisse, Besuche von westdeutschen Politikern, Entscheidungen der Regierung, z. B. Einführung der Forumschecks, gesetzliche Neuregelungen, neue Verordnungen, insbesondere im Reiseverkehr, besondere Krisen, die Versorgungsmängel sowie internationale Entwicklungen.

Manchmal hinterlassen die MfS-Berichte den Eindruck, daß die Verfasser im MfS der Parteiführung Botschaften über Mißstände übermitteln wollten, die nach ihrer Meinung dringend abgestellt werden mußten. Da sie offenbar selbst häufig in ideologische Schwierigkeiten kamen, betonten sie möglicherweise bestimmte „Widersprüche“ der DDR-Wirklichkeit.

Die Stimmungsberichte sind nicht nach den Kriterien wissenschaftlich empirischer Untersuchungen angefertigt worden. Trotzdem können sie wohl eingeschränkt als repräsentativ angesehen werden. Da sie der möglichst realistischen Information der Entscheidungsträger dienten, sollten sie hinreichend die Lage widerspiegeln. In die Texte wurden grundsätzliche Erörterungen und

Einschätzungen, wörtliche oder möglichst inhaltsgetreue Einzeläußerungen und sogenannte „Gerüchte“ mit aufgenommen. In das Material flossen gelegentlich statistische Angaben ein, die einen hohen Aussagewert haben. Diese Angaben wurden der Öffentlichkeit natürlich sonst vorenthalten, z. B. Art und Menge der Geschenksendungen. Es bestanden Statistiken, die in den Stimmungsberichten mitgegeben wurden. Bisher gibt es keine umfassende wissenschaftliche Aufbereitung dieses Materials und damit des hier gestellten Themas. Wohl aber lassen sich Grundzüge und Konturen erkennen. Hier müssen Stichproben zu ausgewählten, allgemeinen und politischen Konstellationen genügen.

Ich will Ihnen einige Feststellungen in den Stimmungsberichten vortragen. Haltung der Bevölkerung zur Einheitsfrage als erstes: Nach dem Mauerbau 1961 gab es in der DDR zahlreiche Bekundungen des Einheitswillens. Sicher waren die immer wieder vorkommenden Proteste gegen die Mauer sehr riskante Einzelfallerscheinungen. Zum 25. Jahrestag des Mauerbaus 1986 registrierte das MfS 26 solcher Tatbestände. Es wurden Losungen angeschrieben wie: „Wir wollen frei sein. Nieder mit der Mauer!“, „Wehrt Euch Deutsche! Scheiß Mauer, wir wollen frei sein wie 48.“, „25 Jahre 13.8. – Mauer Verrat“. Diese Unternehmungen spiegelten Haltungen, die wohl viele andere Menschen seinerzeit teilten. Vor allem aber drückten sich die Wünsche nach einer Vereinigung, einer engen Verbindung oder wenigstens nach einer weitgehenden Freizügigkeit in Deutschland in vielen abgeleiteten Forderungen und Erwartungen aus. Das MfS war zu jeder Zeit über diese Sachlage informiert und hat seinerseits der SED-Führung Bericht erstattet.

Vertrauen in die westdeutsche Politik: Nachdem an eine Wiedervereinigung in absehbaren Zeiträumen nicht mehr zu denken war, hat die Bevölkerung die Entspannungspolitik Anfang der siebziger Jahre nahezu euphorisch begrüßt und größte Erwartungen an zwischendeutsche Vereinbarungen geknüpft. Im Zentrum standen damals Hoffnungen auf bessere Reisemöglichkeiten und Erleichterungen für die Übersiedlung. Anlässlich des Treffens Stoph-Brandt in Erfurt im Jahre 1970 heißt es in dem MfS-Stimmungsbericht: „Im breiteren Umfang und mit ansteigender Tendenz werden aus allen Bezirken und Bevölkerungsschichten Spekulationen und illusionäre Vorstellungen über den Verlauf und die Ergebnisse des Erfurter Treffens bekannt. Derartige Auffassungen werden insbesondere in Kreisen von Handwerkern und selbständigen Gewerbetreibenden, unter Rentnern, unter Bewohnern des Grenzgebietes, unter Jugendlichen, unter der Bevölkerung Berlins und der umliegenden Bezirke sowie von Personen mit aktiver Westverbindung vertreten. Häufig in Anlehnung an westliche Nachrichten wird verbreitet, Brandt würde sogenannte menschliche Erleichterungen und Fragen der Familienzusammenführung als grundsätzliche Probleme behandeln und auf dem Erfurter Treffen anstreben, darüber entsprechende Vereinbarungen zu treffen.“

Die Ostdeutschen glaubten, daß nur die bundesrepublikanischen Politiker ihre Interessen an der deutschen Frage wahrnahmen. Der DDR-Regierung beschei-

nigten sie überdies deren Abhängigkeit von Moskau. Nach dem Treffen Brandt/Stoph stellte das MfS fest: „Folgende Tendenzen sind vorherrschend: Anlehnung und Begrüßung der Bonner Ostpolitik hinsichtlich der Politik der kleinen Schritte. Zustimmung zur Verhandlungskonzeption der Bonner Regierung und Forderung, die DDR solle Kompromisse eingehen und menschliche Erleichterungen sowie humanitäre Maßnahmen befürworten. Die DDR solle die 'starre Haltung' aufgeben. Die Bundesregierung hätte bei den Verhandlungen über die Postschulden auch Entgegenkommen gezeigt. Über die 'Mauer' hinweg lasse sich schlecht verhandeln, 'geheime' Wahlen wären günstiger, um 'die Situation zu klären'... Aus weiteren Einzeldiskussionen ist ersichtlich, daß versucht wird, die Brandt-Regierung aufzuwerten.“ Auch das noch. Anfang der 80er Jahre waren zwar die ersten großen Hoffnungen auf Erfolge der zwischen-deutschen Politik sehr abgeschwächt. Aber nach wie vor wurde auf Verhandlungen gesetzt und in Moskau der Grund für die Stagnation gesehen. Als 1984 Honecker aus Moskau über einen scharfen Artikel in der Prawda energisch gemahnt wurde, nicht in die Bundesrepublik zu reisen, äußerten sich viele Bürger kritisch zu dieser sowjetischen Politik, die zeige, „daß die DDR nicht selbständig handeln könne“. Die Menschen erwarteten „Senkung des Reisealters, weitere Erleichterungen im Reiseverkehr“. Als 1987 SED und SPD das Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ veröffentlichten, kam es in oppositionellen Kreisen zu heftiger Kritik an dem Papier, weil die SPD nach ihrer Meinung zu stark auf die SED zugegangen sei. Aber in der Bevölkerung wurden wieder neue Erwartungen geäußert. Im entsprechenden MfS-Bericht heißt es: „In Einzelfällen wird die Meinung vertreten, man müsse sich auf eine völlig neue Denkweise einstellen. Die DDR werde nicht umhinkommen, noch mehr Informationsreisen in die BRD zu gestatten, damit sich 'auch der einfache DDR-Bürger' ein objektives Bild vom Leben in der BRD machen könne. Auch werde sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eine 'weitere Öffnung' erforderlich machen“.

Zum Stellenwert westdeutscher Politiker: Westdeutsche Politiker hatten nach den MfS-Erkenntnissen ein hohes Ansehen bei den Ostdeutschen. Ihre politische Rolle, ihre Besuche in der DDR und ihre Äußerungen wurden allenthalben aufmerksam verfolgt und diskutiert. Der wohl beliebteste Politiker war lange Zeit Willy Brandt, weil sich in seiner Regierungszeit wesentliche Veränderungen und Verbesserungen im Reiseverkehr ergaben. Über die Reaktionen auf seinen Rücktritt im Zusammenhang mit den Aktivitäten des MfS wurde berichtet: „Allgemein wurden die ersten Reaktionen der Bevölkerung der DDR dadurch charakterisiert, daß die Vorgänge in der BRD Verwunderung, Überraschung, zum Teil auch eine gewisse Bestürzung über den Rücktritt Brandts auslösten. In größeren Kreisen der Bevölkerung wurde teilweise offen, mitunter jedoch auch nur im internen Kreis, das Bedauern über diese Entwicklung in der BRD, vornehmlich das Abtreten der Person Brandt vom Posten des Bundeskanzlers, ausgedrückt“. Die DDR-Bürger waren durch die Medien über die westdeutsche Politik im allgemeinen gut informiert und verfolgten auch die parteipolitischen Vorgänge mit Interesse. Als der bayerische Ministerpräsident

Strauß, der in der DDR-Propaganda jahrelang als schlimmster Feind behandelt wurde, Kontakte zu Honecker aufnahm, richteten sich auch auf ihn Hoffnungen für Verbesserungen. Wohl gab es einige ideologische Verwirrungen, die sich in einem MfS-Bericht wie folgt niederschlugen: „Relativ häufig besteht Unverständnis darüber, daß seitens der DDR einem solchen Mann, der seit langem als Feind der DDR bekannt und dessen Wirken jetzt noch gegen die DDR gerichtet ist, die Einreise gestattet wird und er bereits zum zweiten Mal innerhalb kürzester Zeit mit Genossen Honecker sprechen durfte; das bedeute eine politische Aufwertung von Strauß und es bestehe die Gefahr, daß unsere Politik nun nicht mehr so recht glaubwürdig wirke. Es wird unterstellt, daß Strauß noch nicht die Bedeutung habe, daß er immer mit Genossen Honecker verhandeln müsse. Damit werte die DDR diesen Erzfeind der DDR nur auf.“ Das zu dem Vertrauen und den Hoffnungen in Bezug auf bundesrepublikanische Politiker.

Die Medien der Bundesrepublik wurden soweit möglich, einiges ist eben gesagt worden, genau beobachtet. Die DDR-Bürger haben nicht nur über Jahrzehnte westdeutsches Fernsehen und Radio aufgenommen, sondern haben auch die unterschiedliche Sprache wahrgenommen. Sie konnten zwischen östlicher Propaganda auf der einen Seite und westlicher Meinungsvielfalt durchaus unterscheiden. Als Honecker 1984 der „Saarbrücker Zeitung“ ein Interview gab, waren selbst zuverlässige Kader höchst irritiert, da sich der SED-Chef nicht an die DDR-Sprachregelungen hielt und selbst familiäre Westbindungen unterhielt. Über Äußerungen von Volkspolizisten und Mitarbeitern des Staatsapparates berichtete das MfS wie folgt: „Wie kam das Interview zustande? Welche Beziehungen bestehen zwischen Genossen Honecker und Erich Voltmer – das war der Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung – Was will die BRD-Seite mit der Veröffentlichung des Interviews erreichen? Ist es nicht so zu verstehen, daß die im Interview aufgeworfenen Probleme in erster Linie als eine Antwort auf aktuelle innenpolitischen Fragen für die DDR-Bevölkerung zu werten sind? Warum dann der 'Umweg' über eine BRD-Zeitung? Warum gebrauchte Genosse Honecker im Interview häufig westliche Termini ('Schießbefehl', 'Ostverträge'); diese sind bei uns nicht üblich; und warum machen wir in einer BRD-Zeitung solche 'Zugeständnisse' in den Formulierungen?“ Das aus dem Stimmungsbericht.

Ich will noch etwas sagen zum Vergleich des Lebensstandards. Wichtig waren natürlich die Wirtschaftskraft und die D-Mark. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen der SED wußte die DDR-Bevölkerung immer, daß die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik der sozialistischen Ökonomie weit überlegen war. Als die westlichen Währungen als Zahlungsmittel in den Intershops verwendet werden konnten, wurde dies auch von denen wahrgenommen, die sonst kaum Kontakte in die Bundesrepublik hatten. Die Bevölkerung reagierte darauf mit unzähligen Witzen, wie etwa: „In der DDR ist es wie im Westen, für Westgeld bekommt man alles.“ In einem Stimmungsbericht steht dann unter anderem, der Staat müsse ihnen, gemeint sind die Bürger, die keinen Zugang zur D-Mark hatten, die keine Westverwandten hatten, die ihnen die D-Mark

zukommen ließen, wenigstens einen finanziellen Ausgleich in freikonvertierbarer Währung zahlen.

Zusammenfassend: Bei aller Vorläufigkeit läßt sich aus den Materialien des MfS ablesen, daß dieses Organ zu jeder Zeit über die tatsächliche Fixierung der DDR-Bürger auf die Bundesrepublik durchaus informiert war. Es wußte, daß alle Propaganda und alle abgrenzenden Maßnahmen kaum Wirkungen erzielten. Es wußte, daß es eine innere Spaltung Deutschlands nicht gab, und es spricht für die völlige Ignoranz der SED-Politik, daß sie trotz des Wissens um die gesamtdeutsche Orientierung kein Politikkonzept entwickelt hat, das auf diese Interessen Rücksicht nahm. Die Ostdeutschen konnten zwar nicht mit einer schnellen Wiedervereinigung rechnen, hofften aber doch jederzeit auf die westdeutsche Politik. Diese sollte Reisemöglichkeiten und andere Verbesserungen schaffen. Die Ostdeutschen haben wohl zu großen Teilen die politische Verfaßtheit der Bundesrepublik akzeptiert. Sie waren von der wirtschaftlichen Kraft, dem Lebensstandard beeindruckt. Viele Bereiche fanden sie faszinierend, Technik, Lebensweise, Unterhaltungskultur und so weiter. Aus den MfS-Berichten geht hervor, daß es neben dem Wunsch nach Freizügigkeit vor allem ein materielles Interesse der Ostdeutschen am „Westen“ gab. In welchem Maße die Westwahrnehmung durch ihre teilweise mediale Vermittlung bestimmte überzeichnete Idealbilder geschaffen hat, läßt sich aus den MfS-Akten nicht unmittelbar erschließen. Dies ist aber schon deswegen anzunehmen, weil manche Enttäuschung in Ostdeutschland nach der Wende sich doch mit einer gewissen Illusionierung des „Westens“ zu DDR-Zeiten erklären ließe. Auch die lange Trennung und die unterschiedlichen Lebenssituationen haben sich auf mentale Prägungen ausgewirkt. Einiger Unmut, der heute in Ostdeutschland über die Vereinigung geäußert wird, geht wohl vorwiegend auf diese mentalen Differenzen zurück. Das verbreitete Gefühl unter Ostdeutschen, im Vergleich mit den Westdeutschen benachteiligt zu sein, gab es schon in der DDR. In einer Bevölkerung, die sich nicht auf Rechte verlassen konnte, sondern in einem System von leistungsunabhängigen Privilegienzuteilungen lebte, mußten Zweifel am eigenen Selbstwert aufkommen. Das MfS meldete schon 1978, daß sich die DDR-Bürger als „Menschen zweiter Klasse“ fühlten. Dankeschön.

**Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke:** Vielen Dank Herr Busse für Ihre Ausführungen, die sich nicht zuletzt dadurch als besonders wertvoll erweisen, daß Sie Originalzitate aus den Stimmungsberichten aus der DDR hier eingeflochten haben. Stimmungsberichte, die meines Erachtens, mit Ausnahme der Stimmungsberichte des Jahres 1989, bis heute noch nicht veröffentlicht worden sind. Dafür bin ich Ihnen besonders dankbar. Ich darf nun die Diskussion, die Runde der Meinungsäußerungen und Fragen, durch die Abgeordneten und Sachverständigen der Enquete-Kommission eröffnen. Mir liegt eine Rednerliste vor, die voraussichtlich zwei Runden umfassen wird. Ich habe zunächst das Wort zu erteilen dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Abgeordneten Eppelmann, dann folgen der Abgeordnete Vergin, der Sachverständige Kowalczuk, Sachverständiger Jacobsen und der Abgeordnete Elm. Sind noch Wortmeldungen da? Also Herr Maser in der zweiten Runde, ferner Herr